

11.4.2016

B8-0442/1

Änderungsantrag 1

Renate Sommer

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Bezugsvermerk 10

Entschließungsantrag

– unter Hinweis auf den
Verhandlungsrahmen für *den EU-Beitritt
der Türkei vom 3. Oktober 2005*,

Geänderter Text

– unter Hinweis auf den *am
3. Oktober 2005 festgelegten*
Verhandlungsrahmen für *die* Türkei,

Or. en

11.4.2016

B8-0442/2

Änderungsantrag 2

Renate Sommer

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Bezugsvermerk 17

Entschließungsantrag

– unter Hinweis darauf, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, darunter die Gewaltenteilung, **die** Meinungsfreiheit **und** die Rechte von Minderheiten, den Kern des **Beitrittsprozesses** bilden,

Geänderter Text

– unter Hinweis darauf, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, darunter die Gewaltenteilung, Demokratie, Meinungsfreiheit, **Menschenrechte**, die Rechte von Minderheiten **und Religionsfreiheit**, den Kern des **Verhandlungsprozesses** bilden,

Or. en

11.4.2016

B8-0442/3

Änderungsantrag 3

Renate Sommer

im Namen der PPE-Fraktion

Alexander Graf Lambsdorff

im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag

B8-0442/2016

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag

Ziffer 37

Entschließungsantrag

Geänderter Text

37. spricht sich für ein erneuertes gemeinsames politisches Engagement der EU und der Türkei in geopolitischen Problembereichen aus, insbesondere der Flüchtlings- und Migrationskrise; erkennt an, dass die Türkei einen beeindruckenden humanitären Beitrag leistet, indem sie mehr Flüchtlinge als jedes andere Land in der Welt aufgenommen hat; fordert die EU und die Türkei auf, ihre Kräfte bei der Verbesserung und Sicherstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen und der grundlegenden Daseinsfürsorge in Flüchtlingslagern zu bündeln und die Tätigkeit des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zu unterstützen, um die massive Ausreise von Migranten zu verhindern; fordert die EU nachdrücklich auf, weiterhin mit Vertretern der türkischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine korrekte Dokumentierung bezüglich der Migranten sicherzustellen; weist erneut darauf hin, dass die Türkei eines der wichtigsten Transitländer für Migranten und Flüchtlinge nicht nur aus Syrien, sondern auch aus einer Vielzahl anderer Länder auf dem Weg in die EU ist; betont, wie wichtig es ist, mit der Türkei zusammenzuarbeiten,

37. spricht sich für ein erneuertes gemeinsames politisches Engagement der EU und der Türkei in geopolitischen Problembereichen aus, insbesondere der Flüchtlings- und Migrationskrise; erkennt an, dass die Türkei einen beeindruckenden humanitären Beitrag leistet, indem sie mehr Flüchtlinge als jedes andere Land in der Welt aufgenommen hat; fordert die EU und die Türkei auf, ihre Kräfte bei der Verbesserung und Sicherstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen und der grundlegenden Daseinsfürsorge in Flüchtlingslagern zu bündeln und die Tätigkeit des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zu unterstützen, um die massive Ausreise von Migranten zu verhindern; fordert die EU nachdrücklich auf, weiterhin mit Vertretern der türkischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine korrekte Dokumentierung bezüglich der Migranten sicherzustellen; weist erneut darauf hin, dass die Türkei eines der wichtigsten Transitländer für Migranten und Flüchtlinge nicht nur aus Syrien, sondern auch aus einer Vielzahl anderer Länder auf dem Weg in die EU ist; betont, wie wichtig es ist, mit der Türkei zusammenzuarbeiten,

AM\1091912DE.doc

PE579.859v01-00

um die Flüchtlingskrise zu bewältigen und tödliche Unglücke auf See zu verhindern;

um die Flüchtlingskrise zu bewältigen und tödliche Unglücke auf See zu verhindern;
begrüßt den Überwachungseinsatz der NATO im Ägäischen Meer;

Or. en

11.4.2016

B8-0442/4

Änderungsantrag 4

Renate Sommer

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Ziffer 42

Entschließungsantrag

42. betont, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Migration in die EU nicht dazu führen sollten, dass Flüchtlinge zurückgewiesen oder Personen rechtswidrig inhaftiert werden; bekräftigt seine Forderung an die Türkei, die geografische Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 aufzuheben; beharrt darauf, dass unbedingt sichere und legale Routen für Flüchtlinge eingerichtet werden müssen, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen für die Umsiedlung von Flüchtlingen beträchtlich zu verstärken; ist der Ansicht, dass **diese humanitäre Krise allein durch** eine politische Lösung der Syrienkrise **dauerhaft bewältigt werden kann**;

Geänderter Text

42. betont, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Migration in die EU nicht dazu führen sollten, dass Flüchtlinge zurückgewiesen oder Personen rechtswidrig inhaftiert werden; bekräftigt seine Forderung an die Türkei, die geografische Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 aufzuheben; beharrt darauf, dass unbedingt sichere und legale Routen für Flüchtlinge eingerichtet werden müssen, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen für die Umsiedlung von Flüchtlingen beträchtlich zu verstärken; ist der Auffassung, dass **unbedingt** eine politische Lösung der Syrienkrise **gefunden werden muss; fordert die Türkei nachdrücklich auf, ihre Bemühungen um eine politische Lösung wesentlich zu verstärken und insbesondere die Vorbehalte gegen die Beteiligung der Kurden an den Friedensgesprächen in Genf abzubauen**;

Or. en

11.4.2016

B8-0442/5

Änderungsantrag 5

Renate Sommer

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Ziffer 45

Entschließungsantrag

45. fordert die Regierung auf, die im Fahrplan für die Visaliberalisierung aufgestellten Kriterien gegenüber allen Mitgliedstaaten in vollem Umfang und auf nichtdiskriminierende Weise zu erfüllen; bekräftigt, dass die Visaliberalisierung ein auf Verdiensten beruhendes Verfahren ist und dass eine visumfreie Reiseregulung für die Bürger der Türkei nur dann möglich ist, wenn die Standards erreicht worden sind; ***ersucht die Kommission, für die Erfüllung der Auflagen des Fahrplans für die Visaliberalisierung mehr technische Unterstützung zur Verfügung zu stellen;***

Geänderter Text

45. fordert die Regierung auf, die im Fahrplan für die Visaliberalisierung aufgestellten Kriterien gegenüber allen Mitgliedstaaten in vollem Umfang und auf nichtdiskriminierende Weise zu erfüllen; bekräftigt, dass die Visaliberalisierung ein auf Verdiensten beruhendes Verfahren ist, ***das direkt in Verbindung mit der vollständigen Umsetzung des Rückübernahmeabkommens zwischen der EU und der Türkei steht,*** und dass eine visumfreie Reiseregulung für die Bürger der Türkei nur dann möglich ist, wenn die Standards erreicht worden sind;

Or. en

11.4.2016

B8-0442/6

Änderungsantrag 6

Renate Sommer

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Ziffer 52

Entschließungsantrag

52. begrüßt die Initiative des Präsidenten der Republik Zypern, Nikos Anastasiades, das Türkische in den Rang einer Amtssprache der EU zu erheben, und fordert die Parteien auf, diesen Prozess zu beschleunigen; weist darauf hin, dass die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands der EU im künftigen türkisch-zyprischen Gliedstaat nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung zur Streitbeilegung bereits im Vorfeld gut vorbereitet werden muss; begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung des gemeinsamen Ad-hoc-Komitees beider Volksgruppen für die Vorbereitung auf die EU; fordert sowohl das Europäische Parlament als auch die Kommission auf, ihre Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit den türkischen Zypern bei der Vorbereitung der vollständigen Integration in die EU zu verstärken; regt an, dass der Präsident des Europäischen Parlaments im Falle einer Einigung die notwendigen Schritte ergreift;

Geänderter Text

52. begrüßt die Initiative des Präsidenten der Republik Zypern, Nikos Anastasiades, das Türkische in den Rang einer Amtssprache der EU zu erheben, und fordert die Parteien auf, diesen Prozess ***nach der Lösung der Zypernfrage im Einklang mit den Werten und Grundsätzen, auf die sich die EU gründet,*** zu beschleunigen; weist darauf hin, dass die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands der EU im künftigen türkisch-zyprischen Gliedstaat nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung zur Streitbeilegung bereits im Vorfeld gut vorbereitet werden muss; begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung des gemeinsamen Ad-hoc-Komitees beider Volksgruppen für die Vorbereitung auf die EU; fordert sowohl das Europäische Parlament als auch die Kommission auf, ihre Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit den türkischen Zypern bei der Vorbereitung der vollständigen Integration in die EU zu verstärken; regt an, dass der Präsident des Europäischen Parlaments im Falle einer Einigung die notwendigen Schritte ergreift;

Or. en

AM\1091912DE.doc

PE579.859v01-00

